

Protokoll bundesweites Treffen des ABSP am 19. Juni 10 in Göttingen

Moderation: Jochen Peiler (Hannover) und Michael Wengorz (Halle/Saale)

Protokoll: Edgar Schu (Göttingen)

Anwesend: MitstreiterInnen aus Aschersleben, Berlin, Braunschweig, Gera, Gießen, Göttingen, Halle (Saale), Hannover, Korbach, Nordhausen, Potsdam, Rosenheim, Zeitz.

Zu Beginn Vorschlag zur Änderung der Tagesordnung:

Vorschlag für eine Pressemitteilung wegen polizeilicher Eskalationsstrategie am 12. Juni in Berlin und Vorschlag für eine Erklärung an das Europäische Sozialforum (ESF).

Resultierende, beschlossene Tagesordnung:

Treffen von 12 bis 17 Uhr im Veranstaltungssaal der Michaelis-Gemeinde in Göttingen

1. Begrüßung, Moderation, Protokoll
2. "Sparbeschlüsse" und "Rettungsschirme" – "Bürgerarbeit" – Proteste vom 12. Juni (auch PM und Erklärung an ESF zum Thema 12. Juni in Berlin) – Fußball-Diskussion
3. Bündnisse und Projekte zum Kampf gegen die Abwälzung der Krisenfolgen
 - a) Kampf um das Existenzminimum
 - b) Grundgesetzänderung Job-Center
 - c) Aufruf und Aktivitäten Bündnis 31. Januar
4. Weitere Kampagnen, Herbstaktionen
5. Verschiedenes

1. Nach Begrüßung und Klärung von Moderation und Protokoll geht es sofort bei Punkt 2. weiter.

2. Zu Beginn Diskussion über den 12. Juni

Meinungen der TeilnehmerInnen zur Frage "War die Mobilisierung der Sozialproteste und auch insgesamt erfolgreich?" gingen teilweise sehr weit auseinander.

Die extremsten Pole:

Negative Sichtweise: Wie viele Erwerbslose gibt es bundesweit und auch alleine in Berlin? Kann man da bei 20.000 Menschen in Berlin bzw. 40.000 Menschen in Berlin und Stuttgart zusammen von "Vielen" sprechen?

Positive Sichtweise: Es gab am 24. April in Aschersleben beim Treffen des ABSP keine Beschlusslage, dass alle Kräfte auf die Mobilisierung des 12. Juni konzentriert werden sollten, sondern mehrere Aktivitätsfelder für die Sozialproteste. Der Termin ist lediglich frühzeitig per Rundmail und Homepage kommuniziert worden. Dennoch haben sich offensichtlich aufgrund der gesellschaftlichen Stimmung gegen das Sparpaket 20.000 Menschen - bei der Demonstration in Berlin vor allem aus der Berliner Bevölkerung vor Ort - an der Demonstration beteiligt. Vergleich mit 3. Juni 2006: Damals wurden alle Beteiligten des gesamten Netzwerks der Sozialproteste, bundesweit, dazu aufgerufen, die lokalen Gewerkschaftsgliederungen anzusprechen, damit sie Busse nach Berlin stellen und vor Ort Flugblätter zu verteilen, und so organisierte das ABSP gemeinsam mit anderen Organisationen monatelang eine aufbauende Mobilisierung. Und nur so resultierte damals die gleiche Zahl an Demonstrierenden, wie sie am 12. Juni unter gänzlich anderen Bedingungen sehr viel kurzfristiger auf die Straße gegangen sind.

Abgesehen von diesen unterschiedlichen Sichtweisen, bestand Konsens: Die Sozialproteste und vor allem die Forderungen 10-30-500 waren auf der Demonstration in Berlin deutlich wahrnehmbar.

Thomas Elstner aus Gera hat Filmaufnahmen von der Demonstration in Berlin erstellt (beginnend mit der Auftaktkundgebung) und davon eine DVD erstellt. Wer Interesse an einer Kopie hat, kann sie per Email an thomas_elstner at web.de bei ihm bestellen.

Das Kapern des 12. Juni in Stuttgart durch den DGB Baden-Württemberg, welcher Vertreter der Hartz-Parteien SPD und Grüne, die dazu hin für die Mobilisierung soviel wie nichts beigetragen hatten, als Redner durchgesetzt hatte, hat für Empörung bei einigen TeilnehmerInnen des Treffens gesorgt. Es gab breites Verständnis für die wütende Reaktion auf der Kundgebung in Stuttgart, an welcher eine sehr große Zahl der DemonstrantInnen beteiligt war. Hierzu sollte noch im Bündnis "Wir zahlen nicht für eure Krise!" in Erfahrung gebracht werden, wie das Kidnapping passieren konnte und wie es in Zukunft vermieden werden kann bzw. ob es in Zukunft vermieden werden soll. Edgar Schu wird damit betraut, in der Bundeskoordination der Krisenproteste sicherzustellen, dass diese Fragen bearbeitet werden.

Einige Anwesende kritisieren, dass der DGB-Bundesvorstand zu den Demonstrationen am 12. Juni nicht mit aufgerufen hat, halten ihn insgesamt für einen "zahnlosen Tiger". Es wird an Michael Sommers im Film "Neue Wut" von Martin Kessler erinnert, in welchem Michael Sommer sagt, dass, wenn der DGB 2004 anders gehandelt hätte, wir heute in einer anderen Republik leben würden.

Es gibt für den Herbst unterschiedliche Planungen der großen Akteure wie Europäischer Gewerkschaftsbund (EGB oder englisch ETUC), ver.di, der IG Metall und des DGB. Und es zeichnet sich noch kein gemeinsamer Fahrplan möglichst aller großen Verbände ab. Das ABSP hat das Interesse, dass sich die großen Verbände für eine große Mobilisierung entscheiden.

Es gibt den Vorschlag einer etwas kleineren, eigenständigen überregionalen Mobilisierung am 9./10. Oktober 2010 in Oldenburg. Der Vorschlag wurde auf bundesweiter Ebene von Erwerbslosennetzwerken (unter anderem dem ABSP) auf Einladung der Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Erwerbslosengruppen (KOS) gemeinsam entwickelt. Ausführliche Informationen zu Inhalten, Termin und Aktionsvorschlag aus Oldenburg weiter unten (einer von drei eingeschobenen Punkten hinter Punkt 2).

Quintessenz aus den Diskussionen über die bisherigen Informationen zum Herbst: Das ABSP sollte mit seinen Möglichkeiten darauf hinwirken, dass breitere Kräfte möglichst eine gemeinsame Mobilisierung zu einem gemeinsamen Zeitpunkt machen werden, wenn möglich, auch mit Absprachen auf europäischer Ebene, damit man mit gemeinsamer Kraft gegen die deutsche und europäische "Spar"-Politik angehen wird. Ein Beitrag des ABSP, eine gemeinsame Entscheidung zu begünstigen, soll die Erklärung an das Europäische Sozialforum (ESF) sein. Das ABSP würde mit seinen Möglichkeiten dazu beitragen wollen, dass eine solche Mobilisierung erfolgreich wird. Da der Entwurf einer Erklärung an das ESF mit über 3 Seiten etwas zu lang für eine Diskussion durch die Anwesenden ist, der Grundgedanke der Erklärung aber Zustimmung findet, wird der Kokreis damit beauftragt, die Erklärung ggfs. redaktionell zu überarbeiten und den TeilnehmerInnen des ESF zukommen zu lassen.

Dann auf Vorschlag der Moderation 3 Punkte vorgezogen:

- Massenzeitung und Aktion im Oktober in Oldenburg,
- Entwurf für eine E-Mail-Aktion an Bundestagsabgeordnete vor Ort,
- Pressemitteilung zu Polizeiverhalten und –eskalation am 12 Juni in Berlin.

- Massenzeitung und Aktionsvorschlag für den 9./10. Oktober 2010 in Oldenburg

Auf Initiative der KOS und mit Unterstützung von ver.di haben Vertreter mehrerer bundesweiter Netzwerke und Organisationen der Erwerbslosen (ALSO/Oldenburg, KOS, BAG Plesa, Erwerbslosen Forum, Tacheles, ABSP) über gemeinsame Aktivitäten der Erwerbslosen gesprochen:

Eine Massenzeitung und eine überregionale Aktion in Oldenburg, evtl. begleitet durch Aktivitäten im gleichen Sinne an anderen Orten im Bundesgebiet.

Aktion in Oldenburg: Samstags Konferenz/Symposium, Sonntags Kundgebung. Thema von beidem (ungefähr): Prekarität aus der Sicht von z.B. Milchbauern, Beschäftigten im Einzelhandel und Erwerbslosen. Pate für Symposium und Aktion stehen Aktivitäten der Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg (ALSO), welche sie unter dem Motto "Faire Regelsätze für faire Milch" mit den genannten Bevölkerungsgruppen durchgeführt hat und die Interessen von Erwerbslosen und Erwerbstätigen zusammen gebracht haben.

Symposium: ReferentInnen aus den verschiedenen, genannten Bereichen sowie Wissenschaftler wie z.B. Christoph Butterwegge und andere, welche ggfs. angefragt werden.

Bisher vorgeschlagenes Motto für Aktion in Oldenburg: "Krach schlagen statt Kohldampf schieben". Es soll außerdem ausgelotet werden, ob ein turnusgemäßes bundesweites Treffen des ABSP zeitgleich (allerdings nur ca. 3 Stunden) in Oldenburg gemacht werden kann.

Massenzeitung: Zeitung in einer einmaligen Auflage von 200.000 Stück, welche sich an die Bevölkerung richtet, Erwerbslose und Erwerbstätige.

Sie soll aus politischem und alltagspraktischem Teil wie z.B. Infos zu (ergänzendem) Alg II, etc., bestehen. Stil: Leicht verständlich, fast "Bild-Zeitungs-Stil".

Politischer Teil: Unter anderem Defizit bei Posten für Ernährung in Hartz-IV-Regelsätzen. Neben weiteren von den großen Verbänden schon bisher geforderten Anhebungen, muss der Posten für Ernährung im Eckregelsatz von 118 Euro, die auf gar keinen Fall ausreichen, um 80 Euro angehoben werden. In diesem Sinne soll es auch einen Mitmachschnippel für die LeserInnen der Zeitung geben, der an bestimmte verantwortliche Politiker gesendet werden kann.

- E-Mail-Aktion an MdBs vor Ort in ihren Wahlkreisen

Jochen Peiler aus Hannover hat einen Entwurf für eine E-Mail-Aktion als Antwort auf die im Zuge des Haushaltsentwurfs der Bundesregierung drohenden Kürzungen im Sozialbereich vorgelegt.

Siehe

http://www.die-soziale-bewegung.de/2010/06-19_goettingen/sparbeschluesse_entwurf.doc

In der Diskussion zu diesem Punkt werden Änderungsvorschläge genannt. Der Kokreis wird mit der Aufgabe betraut, aus dem Entwurf eine Vorlage/Anregungen für die Initiativen vor Ort zu erarbeiten.

- Pressemitteilung zum 12. Juni in Berlin

Offensichtlich hat das Verhalten der Polizei in Berlin Voraussetzungen für eine Konfrontation zwischen Polizei und Demonstration geschaffen, die den Regierenden zupass kam (Aktuelle Stunde im Bundestag zu angeblicher "Splitterbombe" am Rande der Demonstration und für Gesetzesverschärfungen). Dass mindestens ein Demoordner (Rainer Wahls aus Berlin, ehemaliges Kokreis-Mitglied) vor der Eskalation ohne Anlass und vorsätzlich gefährlich verletzt worden ist, ist bemerkenswert. Es liegt dem Treffen ein Vorschlag für eine Pressemitteilung vor. Sie soll als Pressemitteilung des ABSP an die Presse geschickt und dem Berliner Innenausschuss vorgelegt werden.

Auf Antrag von Peter Grottian schließt sich an den Punkt 2. eine "Generaldebatte", also eine Debatte über die grundsätzliche Ausrichtung des ABSP an.

Peter Grottian schlägt für den Herbst vielfältige Aktionen vor:

- Eine Bankenaktion, welche gemeinsam mit Attac und den Bildungsprotesten entwickelt werden soll,
- Aktionen zivilen Ungehorsams, bei denen Hartz-IV-Politiker bei öffentlichen Auftritten mit Eiern und Tomaten in einer Weise, dass es unter dem Level der Körperverletzung stehe, angegangen werden,
- Besetzungen von Jobcentern und ARGEn,

- Den Initiativen im Bundesgebiet soll angeboten werden, dass Kokreis-Mitglieder Veranstaltungen bei ihnen vor Ort machen, bei denen verschiedene Aktionsideen vorgestellt werden und man sich darüber auseinandersetzt.

Nach dem Input von Peter Grottian Diskussion über das Vorgelegte. Einige Stellungnahmen: Einerseits:

- Befürchtung, dass verbotene Aktionen nicht zu politischer Breite, sondern Isolation beitragen,
- Befürchtung, dass Strafverfahren starke negative Auswirkungen haben können,
- Sozialproteste sollten mit breit getragenen Aktionen die Öffentlichkeit für ihre Ziele gewinnen,
- Die wohl wichtigste Form zivilen Ungehorsams sei die Arbeitsniederlegung durch Erwerbstätige. Daher sei es wichtig, dass diese mit Inhalten für eine gemeinsame Politik mit den Erwerbslosen gewonnen würden.
- die prekäre Haushaltssituation in den Städten und Gemeinden wurde angesprochen.

Andererseits:

- Man sollte Mut haben, auch mal einfache Regeln zu brechen, zivilen Ungehorsam zu üben. Hartz-Gesetzgebung und die gesamte Politik der letzten Jahre sei schreiendes Unrecht, so dass man unglaublich werde, wenn man sich immer an jedes Gesetz halte.
- Die Wut in der Bevölkerung müsse einen Ausdruck finden.
- Peter Grottian sagte, das ABSP sei keine politische Größe und müsse über seine Auflösung nachdenken. (Dieses Zitat wird auf persönlichen Wunsch des Teilnehmers Stephan K. wiedergegeben. Von Peter Grottian liegt dazu folgende Version vor: "Peter Grottian sagte, sollte das ABSP nicht mehr zivilen Ungehorsam mobilisieren, müsste das ABSP über eine Auflösung nachdenken.")

Eine weitere Position, die zwischen beiden Polen steht:

- Aktionen zivilen Ungehorsams werden ebenso wie alle anderen Aktionsformen am besten funktionieren, wenn man sich zuerst über Ziele und Forderungen einigt, dann die Aktion passend dazu wählt. Dann würden auch Motivation und angemessene Risikobereitschaft vorhanden sein.

3. Bündnisse und Projekte zum Kampf gegen die Abwälzung der Krisenfolgen

a) Kampf um das Existenzminimum:

Mit starkem Engagement des ABSP wird die Kampagne für 500 Euro Eckregelsatz und 10 Euro lohnsteuerfreien Mindestlohn vorwärts getrieben. In allen Bundesländern verbreitet sie sich. Angeschriebene Politiker und Vertreter von Verbänden wissen ebenso wie bei der vergangenen und erfolgreichen Kinderplattform keine überzeugende Antwort, warum sie die aufgestellten Minimalforderungen nicht unterstützen wollen. Es ist Konsens unter den Anwesenden, dass das ABSP auch weiterhin diese Kampagne intensiv vorwärts treibt.

b) Grundgesetzänderung Job-Center

Beim vorhergehenden bundesweiten Treffen in Aschersleben wurde über die Möglichkeiten gesprochen, diese Grundgesetzänderung zu verhindern. Die Chancen wurden für gering eingeschätzt. Zu diesem Punkt wurden in Göttingen keine weiteren Beschlüsse gefasst. Das ABSP lehnt nach wie vor die Verbreitung des Modells Optionskommunen ab.

c) Aufruf und Aktivitäten Bündnis 31. Januar

Zeitgleich mit dem Treffen in Göttingen findet das Treffen des Bündnis 31. Januar in Frankfurt/M statt. Die Analyse der Krise und ihres aktuellen Entwicklungsstandes und die Entwicklung von Forderungen gegen die Abwälzung der Krisenfolgen ist eine wichtige Unterstützung für die Sozialproteste gegen das Kapital. Das ABSP unterstützt auch weiterhin den Aufruf und die Informationsmaterialien.

4. Weitere Kampagnen/Herbstaktionen

Nach einer Verpflegungspause Fortsetzung mit kurzer Diskussion und gegebenenfalls Beschluss zu den einzelnen, im bisherigen Verlauf des Treffens angesprochenen Themen:

1. Eine Bankenaktion, gleichzeitig mit der Einweihung der Deutschen Bank in Frankfurt/M. Stimmungsbild (pro, contra, Enthaltung): 13:2:4
2. Das ABSP soll sich an der Massenzeitung wie vorher vorgestellt beteiligen (einstimmig Konsens).
3. Das ABSP soll sich an der Konferenz/Aktion in Oldenburg beteiligen (einstimmiger Konsens).
4. Eine E-Mail-Aktion an Parlamentarier soll entwickelt und durchgeführt werden: 16:2:1.
5. Eine PM zum Polizeiverhalten und den Ereignissen am 12. Juni in Berlin soll entsprechend dem vorliegenden Vorschlag heraus geschickt werden und auch dem Innenausschuss des Berliner Senats vorgelegt werden: 18:0:1
6. Das ABSP soll sich dafür einsetzen, dass Bildungsseminare zu SGB II, Beistand/Begleitschutz und auch zu Fragen des Existenzminimums durchgeführt werden (einstimmig Konsens).
7. Aktionen an ARGEn/Jobcentern im Herbst. Absichtserklärungen von MitstreiterInnen aus Gießen, Gera, Korbach, Aschersleben, Potsdam.
Aktionen, Politiker bei öffentlichen Veranstaltungen anzugehen. Absichtserklärungen von MitstreiterInnen aus Halle, Aschersleben, Berlin, Hannover, München, Nordhausen.
8. Interesse, vor Ort Bildungswerkstätten zu machen, bei denen Aktionsformen wie Flashmob und andere geübt werden, gibt es in: Kassel, Potsdam, Hannover, Gießen, Braunschweig (Vorschlag: im Rahmen des ver.di Bildungswerks), Rosenheim, Zeitz.
9. Dass Mitglieder des Kokreises vor Ort Veranstaltungen zu Aktionsformen machen sollen, ist Konsens unter den Anwesenden.
10. Zum Schluss stellen die Anwesenden noch einmal vor, was für Initiativen/Netzwerke bei ihnen vor Ort aktiv sind und ihre Handlungsschwerpunkte.

5. Verschiedenes

Im Verlauf des Treffens haben sich 4 weitere Mitstreiter gemeldet bzw. wurden vorgeschlagen, dass sie im Kokreis des ABSP mitarbeiten möchten.

Nach kurzer eigener Vorstellung der vier Mitstreiter wurden die Anwesenden gefragt, ob es einen Einwand bei einer der anfragenden Personen gäbe. Es gab keine Einwände.

Neu im Kokreis des ABSP wurden also begrüßt:

1. Egbert Holle aus Hannover (Mitglied des Politbüro Prekär in Hannover)
2. Tommi Sander aus Aschersleben will die Kommunikation zwischen Kokreis/Vernetzungsbüro und den lokalen Initiativen (vor allem telefonisch) unterstützen.
3. Eva Stilz aus Rosenheim (Mitglied der "Infogruppe", von GEW Rosenheim und von Attac Rosenheim, als Vermögende Mitglied des bundesweiten Appells für eine Vermögensabgabe)
4. Oliver Vetter aus Korbach (Nordhessen)

Nächstes bundesweites Treffen:

Sa, 21. August in Halle (Saale).

Die Moderation und alle TeilnehmerInnen bedanken sich herzlich bei den MitstreiterInnen, die an diesem Tag für die gute Verpflegung gesorgt haben.

Vorschlag Termin danach:

Sa, 9. Oktober, in Oldenburg (am Rande der dort geplanten Konferenz)